

## 3500 bei Kurden-Demo in Düsseldorf

**Düsseldorf** - Zu einer Kurden-Demo hatten sich am Samstag nachmittag 3500 Teilnehmer versammelt. Vereinzelt seien Fahnen mit verbotenen Symbolen sichergestellt worden, teilte die Polizei mit. Grundsätzlich sei aber alles friedlich verlaufen. Ursprünglich hatten die Beamten mit bis zu 10 000 Teilnehmern gerechnet. Zwei Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion haben die Demonstration angemeldet. Das Motto dabei laute „Schluss mit dem Verbot kurdischer Kultur! Freiheit für Abdullah Öcalan“. Der Anführer der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK ist in der Türkei inhaftiert.

## Robin aus Gladbach wird vermisst



Seit Samstag wird Robin aus Mönchengladbach vermisst.

**Mönchengladbach** - Die Polizei sucht nach dem neunjährigen Robin aus Mönchengladbach. Der Junge ist seit Samstag vermisst. Er lebt in einer Einrichtung in Mönchengladbach. Zuletzt besuchte Robin seine Großmutter im Uerdinger Krankenhaus.

Auf der Rückfahrt nach Mönchengladbach sprang der Junge gegen 16.15 Uhr aus dem Auto seiner Betreuerin, als sie an einer Ampel auf der Heideckstraße stand. Die Hintergründe sind unklar. Robin ist neun Jahre alt, 1,50 Meter groß und stämmig. Er hat dunkelbraune Haare und trug heute eine blaue dreiviertel Hose sowie ein dunkles Kapuzenshirt.

## Woelki: AfD ist keine Alternative



Rainer Maria Kardinal Woelki

**Köln** - Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki (62) hat nach den Ereignissen in Chemnitz die rechtspopulistische AfD kritisiert: „Fremdenfeindlichkeit, Hass, Gewalt, Nazi-Parolen und Hitlergrüße – die haben keinen Platz in unserer Demokratie und Gesellschaft“, sagte Woelki und erinnerte an die „schmerzvollen Erfahrungen“ der deutschen Geschichte, als rechtsradikale Straftaten und menschenverachtende Propaganda die Macht ergriffen hätten. Die demonstrierende „Horde Krawallmacher“ und ihr Fremdenhass seien besorgniserregend: „Wenn Menschen nur auf Grund ihres Aussehens vom Mob mit Schlagstöcken durch die Straßen gejagt werden und um ihr Leben fürchten müssen, muss der Rechtsstaat mit all seiner Härte Recht und Ordnung wiederherstellen“, erklärte er. Es sei nicht hinnehmbar, wenn Polizisten und Medienvertreter bedroht würden. Menschen, die mit „rechtsradikalen Horden“ gemeinsame Sache machten, seien Mittäter und keine Alternative für Deutschland. Die Bürger seien aufgerufen, aufzustehen und sich diesen Bewegungen entgegenzustellen.

# Das Düsseldorf-Gespräch

Heute mit Alexander Häusler (55) vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus der Hochschule Düsseldorf



Rechtsextremismusforscher Alexander Häusler auf dem Dach der neu gebauten Hochschule Düsseldorf. Foto: Ingo Lammert

# „Die Entwicklung ist mehr als bedenklich“

**Düsseldorf** - Die Geschehnisse von Chemnitz haben gezeigt, dass rechtsextreme politische Positionen mittlerweile auch bei Normalbürgern auf Akzeptanz stoßen. Wir sprachen mit Rechtsextremismus-Forscher Alexander Häusler über die aktuellen Entwicklungen.



VON MARC HERRIGER  
marc.herriger@express.de

**Herr Häusler, die Geschehnisse von Chemnitz, hat Sie das überrascht?**

Grundsätzlich nicht. Aber das Ausmaß hat mich und viele andere Forscherkollegen durchaus überrascht. Es ist nichts einmaliges, was in Chemnitz passiert ist von der Grundstruktur. Aber vom Ausmaß schon etwas besonderes.

**Weil so viele Leute in so kurzer Zeit mobilisiert wurden?**

Richtig, die Schnelligkeit der Mobilisierung hat überrascht. Und auch die Tatsache, dass es den rechtsextremen Organisatoren gelungen ist, milieübergreifend Leute auf die Straße zu bekommen.

**Ist das besonders erschreckend, dass sich vermeintliche Durchschnittsbürger mit Leuten gemeinachten, die Hitlergrüße zeigten und Nazi-Parolen schrien?**

Das sind leider Entwicklungen, die wir seit den Pegida-Demonstrationen beobachten können. Dieses Zusammenspiel von vermeintlich besorgten Bürgern mit dem rechtsextremen Mob. Es ist ein Zusammenwachsen von ressentimentgeladenen Wutbürgern mit organisiertem Rechtsextremismus. Besonders bedenkenswert dabei ist die Tatsache, dass dort rechtsextreme Gewaltakteure aus der Hooliganszene eine besondere Rolle

spielen.

**Dieses Auftreten von Hooligans wie Hogesa, ist das ein neues Phänomen in der Szene?**

Die Entwicklung ist nicht ganz so neu. Aber neu ist, dass es in dieser Massivität ein Zusammenwachsen der Szenen gibt. Wir beobachten das im Zusammenhang mit Pegida oder Pegida-ähnlichen Bewegungen schon länger. Neu ist, dass in Chemnitz mit der AfD eine Partei den Schulterschluss mit diesen Leuten zeigt, die eigentlich Abgrenzungsbeschlüsse gegen diese ganzen Akteure formuliert hatte. Das steht noch auf dem Papier, aber trotzdem geht man gemeinsam auf die Straße. Das hat eine neue Qualität.

**Kann oder muss man die AfD mittlerweile schon als rechtsextremistische Partei bezeichnen?**

Nein, die Partei ist nicht in Gänze eine bekennend rechtsextreme Partei. Sie kommt ja auch ursprünglich gar nicht aus dem Rechtsextremismus. Sie hat sich aber im Laufe ihres Werdegangs immer weiter nach rechtsaußen radikalisiert. Wenn man sich jetzt diesen „Trauermarsch“ der AfD in Chemnitz ansieht. D stand ja nicht nur Björn Höcke, der Kopf der Rechtsaußenfraktion, da waren Repräsentanten aus acht Landesverbänden vor Ort. Unter anderem auch die Führungsspitze der NRW-AfD. Das zeigt schon deutlich diesen Ra-

dikalisierungsschub. Vor einigen Jahren ist der frühere Landesvorsitzende von NRW noch durch die Reihen gegangen und hat geguckt, wer in der Partei noch Mitglied sein darf, wenn er sich mit solchen Leuten gemeinmacht. Und jetzt läuft die Führungsspitze mit solchen Leuten gemeinsam auf der Straße.

**Wird dieser Radikalisierungsprozess noch weiter gehen?**

Das zeigt uns die Einstellungsprozess noch weiter gehen? Nicht von ungefähr sollen jetzt Teile der AfD in den Blick der Verfassungsschutzämter genommen werden. Wir haben in dieser Partei ganz bestimmte Strömungen, die eindeutig die eine Sollbruchstelle zum organisierten Rechtsextremismus aufzeigen. Das ist einerseits die Patriotische Plattform, andererseits die Initiative „1 Prozent für unser Land“, die von AfD-Funktionären unterstützt wird und die Identitäre Bewegung. Da sind alle Abgrenzungsbeschlüsse, die man sich mal gegeben hat, Makulatur geworden.

**Es gibt Untersuchungen zu rechtsextremistischen Einstellungen in der Bevölkerung. Je nach Untersuchung liegt der Anteil derer, die rechtsextreme Thesen befürworten, zwischen 15 und 25 Prozent.**

Das zeigt uns die Einstellungsforschung schon seit den 1970er Jahren. Je nach konjunktureller Schwankung hat sich das mal mehr oder weniger deutlich gezeigt, dass wir diese Einstellungen haben. Es ist aber ein Unterschied, ob ich diese Einstellungen einem Forscher äußere oder auch meine Wahlentscheidung danach ausrichte. Und das hat sich ge-

ändert. Es haben diese Leute mit der AfD eine für sie repräsentative Partei, der sie ihre Stimme geben können.

**Wie ist die Situation in Düsseldorf im Moment, was die rechtsextreme Szene angeht.**

Relativ ruhig, vor allem im Vergleich zu Städten wie Dortmund oder Aachen. Aber vor allem in Garath entwickelt sich seit einiger Zeit wieder eine rechtsextreme Szene, die mittlerweile bis nach Reisholz reicht. Im Kern handelt es sich dabei um Leute aus der Hooliganszene Aktivisten von den Republikanern und Leute aus der Identitären Bewegung. Die Versuche, in Düsseldorf mit Dügida rechtsextreme Propaganda auf der Straße zu etablieren, sind aber am Widerstand der Zivilgesellschaft gescheitert.

**Tut die Stadt denn genug gegen Rechtsextremismus?**

Aus meiner Sicht nicht. Wir sind zwar in der Frage der Positionierung gegen Rechts gut aufgestellt. Da hat der OB ja auch gut Signale gesetzt und mit Miriam Koch haben wir eine sehr gute Integrationsbeauftragte. Aber wir haben auch deutliche Defizite. Wir hatten jahrelang eine Fachstelle gegen antidemokratische Tendenzen bei Jugendlichen. Die wurde nach der Pensionierung des zuständigen Sozialarbeiters nicht mehr vorgeführt. Das ist ein riesiges Problem, gerade wenn man sich die aktuellen Entwicklungen in Garath oder Reisholz ansieht. Dieser Probleme wird man nicht Herr, wenn man in der Innenstadt irgendeine Vortragsveranstaltung mit den immerselben

Leuten macht. Da muss man hingehen, aufsuchende Sozialarbeit machen. Auch bereitgestellte Fördermaßnahmen für kommunale Handlungskonzepte gegen Rechts bei Bund und Land sind bislang von der Stadtverwaltung nicht beantragt worden.

**Eine persönliche Frage zum Schluss: Haben Sie Angst um unsere Demokratie?**

Wenn ich mir bestimmte Entwicklungen in Ländern wie Ungarn oder Polen anschaut, wo die Pressefreiheit und Rechte von Minderheiten eingeschränkt werden, stehen wir vergleichsweise besser da. Aber wir haben in Europa einen ganz gefährlichen Trend und eine massive Polarisierung der Bevölkerung. Profiteur dieser Polarisierung sind die Parteien ganz rechts außen. Das sind mehr als nur bedenkliche Entwicklungen. Fakt ist aber auch: Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt Rassismus und Rechtsextremismus ab. Das sollte politisch bestärkt werden.

## Das ist Alexander Häusler

Der 55-Jährige ist Sozialwissenschaftler, hat sich zu Beginn seiner Karriere mit Integrationspolitik beschäftigt, arbeitete im Jugendamt Oberhausen. Danach ging er ans Institut für Politikwissenschaft Uni Köln. Seit über 10 Jahren ist im Forschungsbereich Sozialwissenschaften im Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus an der FH Düsseldorf tätig.